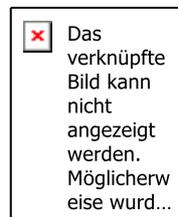


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Haushalts- und Finanzausschuss, Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Ausschuss für Wirtschaft

Niederschrift

über die 27. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie dem Ausschuss für Wirtschaft am 17.04.2023 im Luckenwalde, Kreistagsaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Anke Scholz
Herr Rolf Freiherr von Lützwow
Frau Claire-Luise Heydick
Herr Stefan Jochen Jurisch
Herr Michael Pfahler
Herr Felix Thier

Sachkundige Einwohner

Herr Hans-Jürgen Akuloff
Herr Uwe Fischer
Herr Tino Seliger

Entschuldigt fehlten:

Ausschussvorsitzender

Herr Helmut Barthel

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher
Herr Matthias Stefke

Sachkundige Einwohner

Frau Andrea Hollstein

Herr Björn Taube

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Auswertung Machbarkeitsstudie zur Reduzierung der Mindestentfernungen in der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis 6-4942/22-I
- 4.1 Ausführungen des Leiters der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister*innen des Landkreises Teltow-Fläming
- 5 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Kostenfreie Schüler*innenbeförderung in Teltow-Fläming 6-4983/23-KT
- 6 Eröffnung des Haushalts- und Finanzausschusses
- 7 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2023
- 8 Anfragen der Ausschussmitglieder
Beschlussvorlagen
- 9 Evaluierung des Leitbildes 6-4876/22-LR/3
- 9.1 Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes (SPD-Kreistagsfraktion) 6-5004/23-KT
- 9.2 Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes (Fraktion CDU/BV/FDP/MUB) 6-5024/23-KT
- 10 Planungsvereinbarung zwischen den Landkreisen Teltow-Fläming/Dahme-Spreewald zur Herstellung eines straßenbegleitenden Radweges zwischen Groß Machnow (Landkreis Teltow-Fläming) und Mittenwalde (Landkreis Dahme-Spreewald) an den Kreisstraßen K 7236/K 6157 6-5008/23-IV
Informationsvorlagen
- 11 Schulträgerschaften für weiterführende allgemeinbildende Schulen im Landkreis Teltow-Fläming 6-4939/22-I

Nichtöffentlicher Teil

- Beschlussvorlagen
- 12 Grundstückserwerb in der Gemarkung Heinsdorf, Teilfläche der Flurstücke 275 und 167 der Flur 1 6-5023/23-I

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der gemeinsamen Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung ()

Anke Scholz, stellvertretende Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, begrüßt alle Anwesenden. Sie erläutert den Ablauf der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Haushalts- und Finanzausschuss sowie Ausschuss für Wirtschaft.

Gemeinsam mit der Landrätin Kornelia Wehlan haben die drei Ausschussvorsitzenden Dr. Gerhard Kalinka (Ausschuss für Wirtschaft), Nadine Walbrach (Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport) sowie Helmut Barthel (Haushalts- und Finanzausschuss) im Vorfeld festgelegt, die Machbarkeitsstudie (TOP 4) in einer gemeinsamen Sitzung zu erörtern. Jeder Ausschuss gibt dem Kreistag seine eigene Empfehlung. Deshalb wird jeder Ausschuss für sich getrennt abstimmen. Die Abstimmung erfolgt durch die Ausschussvorsitzenden:

- Anke Scholz (stellvertretende Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses)
- Nadine Walbrach (Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport)
- Roland Scharp (stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft)

Rederecht wird für folgende Personen beantragt:

- David Kaluza, Vorsitzender der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG)
- Volker Fleischer, Geschäftsführer, Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH
- Verwaltungsvertreter: Karsten Dornquast, Rainer Grunert

Der Haushalt- und Finanzausschuss stimmt dem Rederecht einstimmig zu.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport stimmt dem Rederecht einstimmig zu.

Der Ausschuss für Wirtschaft stimmt dem Rederecht einstimmig zu.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird durch den Haushalts- und Finanzausschuss einstimmig bestätigt.

Die Tagesordnung wird für den gemeinsamen Teil durch den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport einstimmig bestätigt.

Die Tagesordnung wird für den gemeinsamen Teil durch den Wirtschaftsausschuss einstimmig bestätigt.

TOP 2

Einwohnerfragestunde ()

Frage 1

Ein Bürger stellt folgende Fragen, welche sich auf Tagesordnungspunkt 4, 5, 9, 9.1 und 9.2 beziehen:

- Wie kann sich der Landkreis Teltow-Fläming leisten, den Schülerverkehr kostenlos gestalten zu wollen, anstatt den Schülerverkehr an den Stellen stattfinden zu lassen, an denen dieser gebraucht wird?

- Wissen die Antragsteller, dass die Schülerinnen und Schüler südlich von Trebbin längere Schultage haben als mancher Arbeitstag lang ist?
- Wissen Sie, dass 6-, 7-, 8-, 9- und 10-jährige Kinder um 5:30 Uhr aufstehen, früh um 6:15 Uhr an der Bushaltestelle stehen und wenn diese den Hort besuchen, um kurz vor 18 Uhr daheim sind?
- Wissen Sie, dass dies die Realität von Eltern und Kindern ist, vom angeblich nicht abgehängenen Süden des Landkreises? Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Elternteil sein Kind nicht mit dem Bus fahren lässt, nur, weil er das Ticket bezahlen müsste.
- Wissen Sie, dass das Problem im Süden des Landkreises nicht das Fehlen einer kostenlosen Beförderung ist, sondern dass es gar keine Verbindung gibt?
- Wissen die Antragsteller, dass die Linienverkehre im südlichen Landkreis nicht in der Ferienzeit fahren?
- Wissen Sie, dass der Antrag ein Schlag ins Gesicht aller Kinder ist, die nicht in den Genuss einer angemessenen Busfahrt kommen?
- Wissen Sie, dass die Aufgabe des Landkreises die Schülerbeförderung ist und nicht die kostenlose Beförderung, wo der Bus wenigstens noch fährt?
- Wissen Sie, dass der Antrag eine Ungleichbehandlung ist, denn die Kinder des Nordens bekämen eine kostenlose Beförderung, sogar zur Freizeitbeschäftigung und die des Südens nichts?
- Ist den Abgeordneten des Kreistages bewusst, dass wenn dieser Antrag durchginge, sich die Kreisumlage um ca. 4 % erhöhen würde und damit alle Kommunen des Südens sofort und dauerhaft handlungsunfähig sind? Auch in der Antwortvorlage der Kreisverwaltung, die die Entfernungen um einen Kilometer verringern will, nicht ausgesagt wird, um welchen finanziellen Rahmen man sich unterhält, ist der gesamte Vorgang abzulehnen. Denn die Frage ist, kann ein Abgeordneter überhaupt entscheiden, wenn er die finanziellen Auswirkungen nicht kennt.
- Können die Abgeordneten entscheiden, wenn etwas im freiwilligen Bereich belastet wird, wo im Bereich der pflichtigen Aufgaben (u. a. Schulneubau) nicht gewusst wird, wie die Kosten aussehen? Wir sprechen hier von mind. 35. Mio. Euro pro Schule.
- Weiterhin sagt die Antwort zur Vorlage der Kreisverwaltung aus, dass die personellen Ressourcen bereits schon jetzt nicht reichen und gleichfalls ein Notfahrplan seit September 2022 gefahren wird. Ist den Antragstellern klar, dass es nicht nur an Fahrern sondern auch an Bussen mangelt?
- Abschließend bleibt noch zu fragen, ob die Kreistagsabgeordneten darüber nachdenken, anstatt den Busverkehr kostenlos zu gestalten, wie man den Busverkehr überhaupt stattfinden lassen kann. Die Busfahrer müssen angemessen entlohnt werden.

Der Status Quo sollte beibehalten werden und keine der hier vorliegenden Varianten ins Auge gefasst werden. Die Schüler und Eltern können und wollen gar nicht kostenlos fahren, z. B. zur Freizeitgestaltung, sondern wir wollen, dass überhaupt ein Bus fährt. Am besten so, dass die Kinder nicht täglich müde in der Schule sind.

Frage 2

Zwei Einwohnerinnen des Landkreises Teltow-Fläming: Die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Blönsdorf müssen täglich mit überfüllten (Linien-)Bussen fahren. Sie haben keine Möglichkeit sich festzuhalten, da die Haltgriffe für Kinder zu hoch angebracht wurden, d. h. Kinder können die Griffe nicht benutzen. Was kann gemacht werden, um die Situation zu verbessern?

TOP 3

Mitteilungen der Verwaltung ()

Monatsbericht März 2023

Allen Anwesenden liegt als Tischvorlage der Monatsbericht März 2023 vor, welcher einen Überblick über die wirtschaftliche Lage des Landkreises Teltow-Fläming gibt. Herr Ferdinand erläutert anhand dessen die aktuellen Zahlen.

E-Rechnung

Herr Ferdinand begrüßt alle Anwesenden und erläutert anhand einer Präsentation den aktuellen Zwischenstand zur Einführung der E-Rechnung.

TOP 4

Auswertung Machbarkeitsstudie zur Reduzierung der Mindestentfernungen in der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis (6-4942/22-I)

Frau Scholz schlägt folgenden Ablauf für die TOPs 4, 4.1 und 5 vor, welche sich mit ähnlichen Themen beschäftigen:

1. Ausführungen der Verwaltung zu TOP 4 in der Reihenfolge: Herr Dornquast, Herr Fleischer (VTF) und Herr Grunert.
2. Einführung der SPD-Kreistagsfraktion in ihren Antrag (TOP 5)
3. Ausführungen zu TOP 4.1. durch Herrn Kaluza

Anschließend folgt die gemeinsame Diskussion, danach erfolgt die Abstimmung zu TOP 4 und TOP 5.

Herr Dornquast erläutert den Sachverhalt, welcher der Vorlage-Nr. 6-4942/22-I zu entnehmen ist.

Herr Fleischer äußert, dass der Vorschlag der Verwaltung zur Vorlage-Nr. 6-4942/22-I einen guten Kompromiss darstellt. Es bringt die VTF in die Position mit den vorhandenen Kapazitäten arbeiten zu können.

Zum Antrag der SPD „Kostenfreie Schüler*innenbeförderung in Teltow-Fläming“ erläutert Herr Fleischer: Wenn eine Verdichtung des ÖPNV in der Fläche ein Ziel sein soll, dann hat der Landkreis Teltow-Fläming aktuell andere Prioritäten als eine kostenfreie Schüler*innenbeförderung. Prioritäten sollten sein:

- Verbesserung der Bezahlung der Busfahrer*innen
- Steigerung der Fahrzeugkapazitäten
- Recruiting von Fachkräften

Herr Grunert stellt den Aspekt der Kosten dar: Die Gegenfinanzierung wurde im Antrag der SPD noch nicht aufgegriffen. Insofern wurden verschiedenste Szenarien für die Finanzierung einer kostenfreien Schüler*innenbeförderung betrachtet. Im Moment sind 15 Mio. Euro im Haushalt des Landkreises Teltow-Fläming eingeplant. Aktuell werden ca. 7.000 Schülerinnen und Schüler befördert. Bei kostenfreier Schüler*innenbeförderung wird damit gerechnet, dass 18.500 Schülerinnen und Schüler den ÖPNV nutzen und mit einem Ticket ausgestattet werden. Es wird mit Zusatzkosten in Höhe von 7,4 Mio. Euro jährlich gerechnet. Wenn mehr Schülerinnen und Schüler befördert werden, müssten Busflotten und Betriebshöfe

umgerüstet werden. Weiterhin würde es zu einem Aufwuchs der Busflotten kommen, die zusätzlichen Platz benötigen. Diese Kosten kommen zu den 7,4 Mio. Euro noch hinzu.

TOP 4.1

Ausführungen des Leiters der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister*innen des Landkreises Teltow-Fläming ()

Herr Kaluza bedankt sich bei seinen Vorrednern und begrüßt alle Anwesenden. Herr Fleischer hat alles zusammengefasst, was es bedeutet, wenn eine kostenfreie Schüler*innenbeförderung eingeführt wird: mehr Fahrzeuge und mehr Kilometer bei Arbeitskräftemangel. Er betont, dass bereits sieben Kommunen in diesem Jahr Schlüsselzuweisungen Plus erhalten. Diese Kommunen liegen unterdurchschnittlich unter der durchschnittlichen Finanzkraft. Eine weitere Erhöhung der Kreisumlage würde dazu führen, dass Aufgaben vor Ort nicht mehr wahrgenommen werden können. Kommunen haben in der Vergangenheit mit Fördermitteln des Landkreises Teltow-Fläming die Haltestellen errichtet. Sollten weitere Haltestellen aufgestellt werden müssen, würde dies nicht umsetzbar sein. Aus kommunaler Sicht ist eine kostenfreie Schüler*innenbeförderung derzeit nicht finanzier- bzw. umsetzbar.

TOP 5

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Kostenfreie Schüler*innenbeförderung in Teltow-Fläming (6-4983/23-KT)

Herr Schlüpen erläutert den Antrag 6-4983/23-KT. Er greift diesbzgl. die Aussagen der Vorredner auf und stellt heraus, dass es in Teltow-Fläming regionale Unterschiede gibt, die sich auch an der Schüler*innenanzahl in den Bussen täglich zeigt. Der Antrag soll dabei unterstützen, dass mehr Schülerinnen und Schüler befördert werden können. Unabhängig davon, ob dies im Norden oder im Süden des Landkreises passiert. Der SPD ist klar, dass die Buskapazitäten nicht ausreichen und auch Busfahrer*innen fehlen.

Herr Schlüpen nimmt abschließend Bezug auf die Beantwortung des Antrags durch die Verwaltung:

1. Antwort der Verwaltung: Die Schülerbeförderung im Landkreis Teltow-Fläming erfolgt kostenlos.
Herr Schlüpen verneint dies, weil der Landkreis die Kosten nur für Schülerinnen und Schüler übernimmt, die innerhalb der Begrenzungen leben.
2. Antwort der Verwaltung: Es gehört nicht zu den Aufgaben des Trägers der Schülerbeförderung sicherzustellen, dass Schülerinnen kostenlos mittels ÖPNV Freizeitangebote nutzen können. Hierfür kann das Angebot „VBB-Freizeitticket“ genutzt werden.
Herr Schlüpen weiß das diese zum gegenwertigen Zeitpunkt nicht dazu gehört, dennoch gibt es keinen Grund, dies nicht unter Umständen zu machen.
3. Antwort der Verwaltung: Ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung, entsprechend der Geschäftsordnung des Kreistages, enthält dieser Antrag nicht. Der finanzielle Aufwand für die Schülerbeförderung würde sich auf mehr als 11,48 Millionen Euro jährlich erhöhen. Zudem würde sich damit ein erheblicher Aufwuchs an freiwilligen

Leistungen im Rahmen des ÖPNV bei der Abwägung der Kreisumlage (Fehlbetragsfinanzierung) verbinden.

Herr Schlüpen erwidert dieser Antwort der Verwaltung, dass der SPD keine Zahlen diesbzgl. vorlagen.

Herr Wylegalla möchte eine Lösung für das Problem der überfüllten Busse. Ein Bus oder ein Fahrradweg ist ein Angebot für den Bürger bzw. die Bürgerin, was genutzt werden kann. Später kann man evaluieren und betrachten, ob die Angebote genutzt werden. Das kann im Kreistag beschlossen werden. Der Antrag zur kostenfreien Schüler*innenbeförderung wird seitens der BVB/Freie Wähler nicht unterstützt. Er fragt, ob außerhalb des Tarifvertrages der VTF Sonderzahlungen/-zuschläge an die Omnibusfahrerinnen und -fahrer gezahlt werden können? Herr Fleischer antwortet, dass es sich um einen Branchentarifvertrag handelt. Wenn Sonderwege gegangen werden, wird eine Wettbewerbssituation unter den Unternehmen geschaffen. Der Tarifvertrag muss insgesamt in Gänze betrachtet und überarbeitet werden. Herr Wylegalla bittet Herrn Fleischer abschließend, dass er einen Vorschlag für Sonderzahlungen/-zuschläge dem Kreistag einreichen soll, damit diese dazu ein Beschluss fassen können.

Frau Wehlan ergänzt, dass die Tarifverhandlungen abgewartet werden. Sie erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

Herr Fleischer erinnert abschließend, dass zukünftig hohe Investitionen aufgrund des Gesetzes über „saubere Fahrzeuge“ zu tätigen sind.

Frau Wahlbrach schließt sich der Meinung der Vorredner an und findet den Antrag aktuell nicht notwendig und umsetzbar.

Frau Nestler findet, dass kostenfreie Schüler*innenbeförderung Aufgabe des Landes sein sollte. Sie plädiert an die Kreistagsabgeordneten, welche dem Landtag angehören, dass diese das Thema in den Landtag mitnehmen. Sie würde auch eine Petition unterstützen. Weiterhin fragt sie, ob es möglich ist, die Abfahrtszeiten der Busse zu ändern (insbesondere Busse von Ahrensdorf zur Grundschule Zülichendorf, Abfahrtszeit in Ahrensdorf: 6:15 Uhr)?

Herr Pfahler schlägt vor, einen Schüler*innenbus im Süden des Landkreises einzuführen. Zu überlegen wäre auch, das 49 Euro-Ticket zu nutzen und den Eltern dafür einen Anteil zu finanzieren.

Herr Jurisch kündigt an, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag zurückziehen wird. Er möchte sich für die Unterstützung der Eltern bei Anschaffung des Deutschland-Tickets aussprechen, welches einige Landkreise in Deutschland bereits praktizieren. Damit besteht für die Schüler*innen die Möglichkeit, das Ticket sowohl für die Fahrt zur Schule als auch zu Freizeitmöglichkeiten zu nutzen. Diese Möglichkeit könnte kostenneutral zur Verfügung gestellt bekommen. Er ist dafür, die Diskussion zur kostenfreien Schüler*innenbeförderung zu einem späteren Zeitpunkt weiterzuführen.

Herr Quade ist Mitglied im Landesschulbeirat und bietet an, dass der Landesschulbeirat und die Ausschüsse sich zusammensetzen und gemeinsam Lösungen finden können.

Frau Heydick befürwortet die kostenfreie Schüler*innenbeförderung, dennoch sind die finanziellen Auswirkungen aktuell zu groß.

Frau Scholz informiert, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag zurückgezogen hat und stellt die Auswertung Machbarkeitsstudie zur Reduzierung der Mindestentfernungen in der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis (6-4942/22-I) für den Haushalts- und Finanzausschuss zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Frau Walbrach stellt die Auswertung Machbarkeitsstudie zur Reduzierung der Mindestentfernungen in der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis (6-4942/22-I) für den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Scharp stellt die Auswertung Machbarkeitsstudie zur Reduzierung der Mindestentfernungen in der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis (6-4942/22-I) für den Wirtschaftsausschuss zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Frau Scholz verabschiedet die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft sowie für Bildung, Kultur und Sport.

TOP 6**Eröffnung des Haushalts- und Finanzausschusses ()**

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Scholz, eröffnet den Haushalts- und Finanzausschuss und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 7**Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2023 ()**

Einwendungen zur Niederschrift liegen nicht vor.

TOP 8**Anfragen der Ausschussmitglieder ()**

Auf Nachfrage von Herr von Lützwow, ob es Neuigkeiten zum Kreisumlage-Verfahren gibt, antwortet Herr Ferdinand, dass seitens der Verwaltung die Beschlussvorlage „Satzung zur Änderung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017“ für den nächsten Kreistag zurückgezogen wurde. Das Bundesverwaltungsgericht hat eine Rechtsprechung mit zusätzlichen Auflagen veröffentlicht, welche der Landkreis mit juristischen Bestand evaluieren möchte. Anschließend wird die Verwaltung einen Vorschlag für die Heilungssatzung machen.

TOP**Beschlussvorlagen ()**

TOP 9

Evaluierung des Leitbildes (6-4876/22-LR/3)

Frau Wehlan bezieht sich auf „Änderungsvorschläge der SPD-Kreistagsfraktion mit Vorschlägen der Verwaltung weist zur **Ifd Nr. 49** darauf hin, dass der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt sowie der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung der Änderung widersprechen. Es soll die umfassendere Formulierung im Leitbild aufgenommen werden (Thema. Transparenz und frühzeitige Einbeziehung der Kreistagsabgeordnete der Kommunen).

Zur **Ifd Nr. 49** wird dem Kreistag empfohlen, die ursprüngliche Formulierung beizubehalten.

Zur **Ifd. Nr. 50** wird dem Kreistag der Vorschlag der Verwaltung empfohlen.

TOP 9.1

Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes (SPD-Kreistagsfraktion) (6-5004/23-KT)

TOP 9.2

Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes (Fraktion CDU/BV/FDP/VUB) (6-5024/23-KT)

TOP 10

Planungsvereinbarung zwischen den Landkreisen Teltow-Fläming/Dahme-Spreewald zur Herstellung eines straßenbegleitenden Radweges zwischen Groß Machnow (Landkreis Teltow-Fläming) und Mittenwalde (Landkreis Dahme-Spreewald) an den Kreisstraßen K 7236/K 6157 (6-5008/23-IV)

Die Vorlage wird dem Kreistag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

TOP

Informationsvorlagen ()

TOP 11

Schulträgerschaften für weiterführende allgemeinbildende Schulen im Landkreis Teltow-Fläming (6-4939/22-I)

Herr Ferdinand stellt den Sachverhalt vor, welcher der Informationsvorlage 6-4939/22-I entnommen werden kann. Herr Pfahler fragt nach den Standorten. Herr Ferdinand erklärt, dass aktuell die Kommunen auf den Landkreis zukommen und über ihr Vorhaben berichten. Standorte sind bisher nicht festgelegt worden. Frau Scholz berichtet, dass Blankenfelde-Mahlow eine Schulentwicklungsplanung innerhalb der Gemeindevertretung auf den Weg gebracht hat.

Luckenwalde, den 11. Mai 2023

Scholz
Stellvertretende Ausschussvorsitzende